



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Manfred Ländner, Tobias Reiß, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Dr. Marcel Huber, Peter Tomaschko CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber, Joachim Hanisch, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/10235, 18/10895

Lagebild des Bundesamts für Verfassungsschutz zu Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden

Der Landtag teilt die Position des Staatsministers des Innern, für Sport und Integration, die er am 28.09.2020 allen Beschäftigten der Bayerischen Polizei gegenüber im Newsletter „110 aktuell“ zum Ausdruck gebracht hat. Er stellt fest, dass Fehlverhalten bzw. strafbare Handlungen von Beschäftigten der Polizei weiterhin umfassend aufzuklären sind und weiterhin mit aller Härte verfolgt werden müssen. Der Landtag begrüßt, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz ein Lagebild zu Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden erstellt hat.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zeitnah über das Ergebnis dieses Lagebilds schriftlich zu berichten. Hierbei soll auch darauf eingegangen werden, welche Schlussfolgerungen die Staatsregierung hieraus auf die Ausübung der Dienstaufsicht über die Bayerische Polizei zieht und welche sonstigen präventiven Maßnahmen sie in diesem Bereich ergreifen will.

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident